

#GIDSstatement 2/2021

Marie-Theres Beumler

Ansatzpunkte für eine strategische Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik im Nahen Osten

#GIDSstatement | Nr. 2 / 2021 | März 2021 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Marie-Theres Beumler, Ansatzpunkte für eine strategische Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik im Nahen Osten, #GIDSstatement 2/2021, Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies

Führungsakademie der Bundeswehr

Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 8667 6801

buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Ansatzpunkte für eine strategische Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik im Nahen Osten

Dieses Statement befasst sich mit der Rolle Deutschlands im Nahen Osten und der Notwendigkeit der Etablierung einer nachhaltigen, strategischen Ausrichtung deutscher Außenpolitik in dieser volatilen Region. Ausgehend von dem zurückhaltenden außenpolitischen Engagement Deutschlands im Nahen Osten und der regionalen Instabilität argumentiert die Autorin, dass sich Deutschland strategischer und langfristiger in der Region engagieren sollte und entwickelt einen Ansatz, wie dies im Rahmen gegebener innen- und außenpolitischer Parameter geschehen kann. Das Ziel dieses Statements besteht darin, Deutschland und möglicherweise der EU Impulse auf dem Weg zur Entwicklung einer strategisch ausgerichteten, langfristigen Politik im Nahen Osten zu geben.

1 Deutschlands Sicherheitspolitik im strategischen Vakuum

Sucht man nach einer Definition des Begriffes „Strategie“, so findet sich „genauer Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, ein militärisches, politisches, psychologisches, wirtschaftliches o.ä. Ziel zu erreichen, und in dem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten, von vornherein einzukalkulieren versucht“.¹ In der Politikwissenschaft ist der Begriff weniger deutlich definiert, lässt sich aber laut Joachim Raschke und Ralf Tils mit „erfolgsorientierten Konstrukte[n], die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen“ und auf der „Verbindung von Mittel und erwünschten Zielen mit zielführenden Handlungsmöglichkeiten“ beruhen, beschreiben. Strategie ist demnach zukunftsbezogen und beruht auf der durchdachten Wahl von Mitteln zum Zweck, wobei im Sinne der Zielerreichung verschiedene externe Einflüsse in die Kalkulation mit einbezogen werden.²

Gemessen an diesen Definitionen kommt der geneigte Beobachter nicht umhin festzustellen, dass es für die deutsche Außenpolitik im Nahen Osten ebenso wenig eine Strategie wie klar definierte, langfristige Ziele gibt. Zwar gibt es auf Regierungs- und EU-Ebene verschiedene Formen bi- und multilateraler Zusammenarbeit, allerdings sind konkrete Projekte meist reaktionär und getrieben von unterschiedlichen politischen Ambitionen. So existiert seit Jahren die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung; jedoch ist die „Hilfe zur Selbsthilfe“ kein strategisches Ziel und die Befähigung der Partnerländer zur

¹ „Strategie“ auf Duden Online: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Strategie>, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.

² Wiesendahl 2010: 22f.

eigenständigen Krisenbewältigung und -prävention³ hat noch einen sehr weiten Weg vor sich, falls sie jemals erreicht wird. Das Auswärtige Amt unterhält eine „Transformationspartnerschaft“ mit ausgewählten arabischen Ländern, in deren Rahmen unter anderem Projekte zu Demokratisierung und politischer Partizipation gefördert werden⁴ und leistet stetig humanitäre Hilfe,⁵ doch spiegelt auch dies keine politische Strategie wieder, da Ziele bestenfalls vage formuliert werden und es keinen langfristigen und durchdachten „Fahrplan“ zum Erreichen dieser Ziele gibt. Als dritter im Bunde des Vernetzten Ansatzes⁶ unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) eine Reihe von Initiativen, welche wie der „Marshallplan mit Afrika“ eine afrikanische Entwicklungsagenda und sozialökonomische Transformation unterstützen⁷ oder den Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Entwicklungsländern fördern sollen.⁸ Allerdings lässt sich auch hier keine übergeordnete Strategie erkennen; erst recht nicht im Rahmen des Vernetzten Ansatzes und ressortgemeinsamer Zusammenarbeit. Letztere sollten eigentlich der Ausgangspunkt für Strategieentwicklung sein, da nur die geschlossene Bundesregierung in der Lage ist, für Deutschland relevante außenpolitische Ziele und Vorgehensweisen zu implementieren. Daher erscheint die mangelhafte Umsetzung des Vernetzten Ansatzes als wesentliches Manko einer Politik, in der sich wichtige Ressorts aufgrund unterschiedlicher Parteizugehörigkeit nicht auf gemeinsame politische Initiativen einigen können, und dies spiegelt sich auch an Deutschlands mangelnder außenpolitischer Strategiefähigkeit im Nahen Osten wider.

2 Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik im Nahen Osten

In Bezug auf den Nahen Osten lässt sich Deutschlands strategisches Vakuum gut am Beispiel des syrischen Bürgerkrieges darstellen, welcher eine der größten außenpolitischen Herausforderungen in Deutschlands Nachbarschaft ist.⁹ So kam im Dezember 2019 aus dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) der Vorschlag einer „Safe Zone“ an der syrisch-türkischen Grenze,¹⁰ der bei Partnern und Verbündeten wenig Anklang fand und entsprechend rasch wieder aus der Berichterstattung verschwand. Die europäische Syrien-Politik legt daher nahe, dass deutsche Initiativen durchaus konstruktiv und wegweisend sein könnten, sofern sie konkreter und mutiger auftreten als die europäische

3 BMVg 2019.

4 Auswärtiges Amt 2019.

5 Auswärtiges Amt 2020.

6 BMVg o. J.

7 BMZ 2017a.

8 BMZ 2020; BMZ 2017b.

9 Ford 2019.

10 Salloum 2019.

Politik. Hierfür müssten sie allerdings auf einem strategischen Ziel basieren und mit entsprechenden Fähigkeiten und politischem Willen hinterlegt sein.

Die EU betont seit Jahren ihr Bestreben, den syrischen Bürgerkrieg mittels politischer Lösungen beenden zu wollen, weshalb sie die UNSCR 2254 und den Genfer Prozess unterstützt.¹¹ Dies übersetzt sich jedoch nicht in konkrete politische Schritte oder gar Resultate; auch weil die EU kaum Einfluss auf das Geschehen vor Ort nehmen kann. Extern wird der Konflikt aufgrund jahrelanger Unterstützung für das Assad-Regime maßgeblich von Russland und dem Iran beeinflusst, wobei die Türkei aufgrund mehrerer militärischer Interventionen im Osten Syriens eine wichtige Rolle spielt. Intern konkurrieren zahlreiche sunnitische Milizen, die häufig Finanzierungen aus den Golfstaaten erhalten, um die Vorherrschaft in umkämpften Gebieten. Sowohl auf die extern auf Syrien einwirkenden Faktoren, als auch auf die internen Dynamiken hat die EU wenig Einfluss.¹² Die seit langem bestehende Forderung der EU nach einem Rücktritt Assad ist indes überholt und entspricht nicht der politischen Realität.¹³ Entsprechend klingen auch die angestrebte Förderung der Demokratie und die notwendige Aufklärung von Kriegsverbrechen mehr wie ein Wunschzettel denn wie eine tatsächliche europäische Strategie. Auch seitens der EU organisierte internationale Konferenzen warten mit hehren Zielen wie der Abhilfe der humanitären Notsituation und dem Herleiten einer umfassenden politischen Lösung auf,¹⁴ sie können diese Ziele, die sich aus dem englischen „Concern“¹⁵ eher mit „Besorgnis“ übersetzen lassen, aber nicht herbeiführen. Zwar ist die EU im Rahmen dieser Konferenzen in der Lage, große Summen für humanitäre Hilfe in Syrien und den Nachbarländern aufzubringen, doch auch das ist ein Kampf gegen Symptome und ersetzt keine langfristige Strategie. Indes verheißt die Lage in der Region für Deutschland und die EU nichts Gutes, denn der Nahe Osten befindet sich spätestens seit dem Sturz Saddam Husseins 2003 in ständiger Unruhe. Vom Arabischen Frühling über sunnitische Extremisten bis hin zum syrischen Bürgerkrieg und dem Vorrücken schiitischer Milizen unter der Ägide des Iran werden in der Region eine Vielzahl von Konflikten ausgetragen, deren nachhaltiges Ende nicht absehbar ist. Vielmehr muss sich Europa darauf einstellen, dass die jüngsten Krisen in weitere Konflikte münden, die durch ethnische Repatriierung, wirtschaftliche Schwäche und Ressentiments vergangener Konflikte weiter geschürt werden.

Für Deutschland und Europa bedeutet dies im schlimmsten Fall wachsende staatliche und ökonomische Schwäche in vielen arabischen Staaten, einhergehend mit der latenten Gefahr von Konflikten und wachsendem Druck auf die Außengrenzen der EU. Sowohl aus dem Weißbuch der Bundesregierung von 2016

¹¹ European Council 2017.

¹² Alvarez-Ossorio 2019: 49f., 55f.; Smyth 2015: 37ff.; Fulton et al. 2013; Pieper 2019: 2ff.; European Parliament Briefing 2019.

¹³ al-Masri 2020; Daily Sabah 2020; Europäisches Parlament 2011.

¹⁴ European Union External Action Service 2020.

¹⁵ European Union External Action Service 2020.

als auch aus der EU Global Strategy von 2016 geht hervor, dass Deutschland und die EU dieses Gefahrenpotenzial erkannt haben und dem entgegenwirken wollen. Während die entsprechenden Dokumente generelle Handlungslinien und politische Ziele formulieren, fehlen konkrete operative Entwicklungsschritte.¹⁶

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Statements im Januar 2021 zählen zu den dringlichsten Sorgen Deutschlands in Bezug auf den Nahen Osten die Stabilität des Libanon und die Stabilität des Irak,¹⁷ einschließlich der Rolle, die der Iran in beiden Ländern spielt. Hinzu kommt der Konflikt in Syrien; hier vor allem die Situation in Idlib und das damit verbundene Geschehen an den türkischen Grenzen.¹⁸

Keine dieser Herausforderungen ist für Deutschland allein lösbar. Doch die Intensität und Dringlichkeit der Herausforderungen kann sich jederzeit ändern, und dies offenbart das Versäumnis deutscher Außenpolitik im Nahen Osten: Strategische Vorausschau gibt es nicht. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist reaktionär und geprägt von mangelndem gemeinsamen Konsens der verantwortlichen Ressorts.

Als in gewissem Rahmen wirkungsvolle Initiative kann die bereits erwähnte Ertüchtigungsinitiative gelten, die 2016 von der Bundesregierung beschlossen wurde und in deren Rahmen sich das Auswärtige Amt und das BMVg unter anderem in Jordanien, Libanon und dem Irak engagieren.¹⁹ Die Ertüchtigungsinitiative erfreut sich mit ihrem Leitmotiv der „Hilfe zur Selbsthilfe“ einiger Beliebtheit in den zu ertüchtigenden Ländern und ist ein vielversprechender Ansatz, wenn auch mit eingeschränkter Durchschlagskraft. Ziel ist es, ausgewählte Länder bei der Stabilisierung zu unterstützen, um sie einerseits selbst vor den Krisen in ihrer Nachbarschaft zu schützen und sie andererseits zu befähigen, sich stabilisierend auf ihre geografische Nachbarschaft auszuwirken. Für eine erhöhte Wirksamkeit der Ertüchtigungsinitiative könnte Deutschland auf verstärkte europäische Zusammenarbeit setzen, doch hat sich dieses Ansinnen in der Vergangenheit nicht zuletzt aufgrund inner-europäischer Streitigkeiten über die Finanzierung schwierig gestaltet.²⁰

Leider gelingt es daher weder Europa noch Deutschland, in der Region einen nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung zu leisten. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist vielmehr ein Getriebener äußerer Umstände, sei es durch militärische Eskalationen, Flüchtlingsbewegungen oder das Verhalten einzel-

16 Bundesregierung 2016: 34, 38 f., 42; European Union Global Strategy 2016: 23 ff.

17 Die Welt 2020; n-tv 2020a; Heumann 2020; Der Spiegel 2020; n-tv 2020b.

18 Die derzeitige wirtschaftliche Notlage in vielen arabischen Staaten aufgrund der Ausbreitung von COVID-19 wird hier bewusst nicht angesprochen, da es sich um eine Ausnahmesituation handelt, welche die langfristigen Probleme, die nach der „Corona-Krise“ wieder vermehrt Beachtung finden werden, verschärft und gleichzeitig weite Teile der deutschen Regierung mit der innerdeutschen Krisenlage bindet. Gleiches gilt für die Zukunft des JCPoA, die maßgeblich von der Politik der Biden-Administration abhängt (Katzman/Kerr 2018: 25 f.; Ross 2021: 5 f.).

19 BMVg 2019.

20 Puglierin 2016: 3.

ner Bündnispartner.²¹ Es reicht nicht, dass Deutschland stets die eigene „tiefe Besorgnis“²² zu sicherheitspolitischen Entwicklungen ausdrückt. Deutschland hat im Nahen Osten nachvollziehbare und vermittelbare Interessen, denn der Nahe Osten ist Europas direkte Nachbarregion.

Derzeit wird Deutschland aber weder dieser unumgänglichen Tatsache, noch seiner Verantwortung in Europa gerecht. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, bedarf es einer Strategie, die es Deutschland ermöglicht, sich auch unilateral sinnvoll in der Region zu engagieren. Unter den Parametern einer ressortgemeinsamen Zusammenarbeit, der (so möglich) Vermeidung von Beteiligung an militärischen Konflikten und der Kommunizierbarkeit an die heimische Bevölkerung bietet sich aus Sicht der Autorin nachfolgender Ansatzpunkt an, auf dem eine nachhaltige, strategische Ausrichtung der Deutschen Politik im Nahen Osten basieren könnte.

3 Prävention statt Reaktion als außenpolitische Handlungsmaxime: Jordanien stärken

Jordanien mag nicht jedem als erstes in den Sinn kommen, wenn es um Sicherheitspolitik im Nahen Osten geht. Das haschemitische Königreich ist weniger instabil als seine arabischen Nachbarländer und steht selten als akuter Brandherd im Fokus, zumal Jordanien ein verhältnismäßig wenig einflussreiches Land ist. Die mangelnde Aufmerksamkeit für Jordanien ist indes ein Fehler.²³ Denn daraus, dass es externen Akteuren wie den europäischen Staaten schwerfällt, laufende regionale Konflikte richtig zu verstehen, geschweige denn zu befrieden, ergibt sich einerseits die Schlussfolgerung, dass es möglicherweise sinnvoller ist, (noch) stabile Staaten in der Region zu unterstützen, statt in laufende Konflikte einzugreifen. Andererseits drängt sich der Gedanke auf, dass es Deutschland und der EU mit Hilfe ausgewählter Partnerländer vor Ort möglicherweise gelingen könnte, die Region besser zu verstehen und auf diesem Verständnis aufbauend eine langfristige außenpolitische Strategie zu entwerfen.

3.1 Jordanien und Oman als langfristige, strategische Partner

Jordanien verfolgt seit Jahren eine Politik des Ausgleichs, indem das Königreich versucht, bei Konflikten zwischen anderen Ländern in der Region zu vermitteln.²⁴ Gleiches gilt für den Oman; beide Länder versuchen, sich in der Region

²¹ Beumler 2020; European Parliament Briefing 2019: 2 ff.

²² Die Zeit 2019; Wallstreet Online 2019.

²³ Jordanien erfährt Aufmerksamkeit als Mitglied der Internationalen Anti-IS Koalition und ist Empfänger zahlreicher internationaler Hilfsgelder, nicht zuletzt seitens der EU (s. Europäische Kommission 2017 ; European Commission 2019). Dennoch wäre eine Politik die sich mehr an strukturellen und zukünftigen Herausforderungen Jordaniens orientiert wünschenswert, wobei hier Ökonomie, Politik und Sicherheit zusammen gedacht werden müssten.

²⁴ Al Sharif 2020.

und international als Vermittler zu positionieren.²⁵ Diese Rolle streben sie an, um nicht zwischen größeren Staaten zerrieben zu werden und um international an Anerkennung zu gewinnen.

Deutschland sollte diese Rolle beider Länder stärken und mit Ihnen kooperieren, damit der regionale Einfluss Deutschlands durch tieferes Wissen nachhaltiger und erfolgsversprechender wird. Im Gegensatz zu vielen anderen westlichen Ländern wird Deutschland im Nahen Osten häufig als ehrlicher Makler wahrgenommen, der nicht nur rücksichtslos die eigenen Interessen vertritt. Diese Rolle sollte Deutschland stärken, um ihr konstruktiv gerecht werden und eigene Ziele effizient verfolgen zu können. In diesem Kontext wäre eine enge, durch regelmäßige bilaterale Abstimmungen geprägte Zusammenarbeit mit Jordanien und dem Oman erstrebenswert.²⁶ Deutschlands wichtigster Partner im Nahen Osten ist Israel, und auch Jordanien wird bereits ein hoher Stellenwert eingeräumt. Solange Deutschland jedoch keinen arabischen Partner auf Augenhöhe zu Israel anerkennt, geht gegenüber den arabischen Staaten ein Stück Glaubwürdigkeit verloren, was einer langfristigen Positionierung Deutschlands als enger Ansprechpartner zuwiderläuft. Engere Partnerschaften mit Jordanien und dem Oman hätten auch den Vorteil, dass ersteres in die Levante hineinwirkt, während der Oman Richtung Golf und Iran orientiert ist. Zudem sind beide Staaten nicht einflussreich genug, um bei einer engeren Zusammenarbeit ernstzunehmende Begehrlichkeiten ihrer mächtigeren Nachbarstaaten zu wecken, zumal sich die Partnerschaft gut durch die von beiden Ländern angestrebte Vermittlerrolle begründen lässt. Als Nachteil einer engeren Kooperation mit Jordanien und dem Oman könnten deren begrenzte Einflussmöglichkeiten angeführt werden, allerdings gilt es zu beachten, dass die hier vorgeschlagene Idee keineswegs die Umsetzung eigener Ziele durch die „Macht des Stärkeren“, sondern eine langfristige Etablierung als verlässlicher Ansprechpartner und Vermittler anstrebt. Die Partnerschaft mit Ländern, die nicht über die entsprechenden Mittel verfügen, die eigenen Interessen rücksichtslos durchzusetzen, könnte sich hier also als der erfolgsversprechendere Weg erweisen.

Sofern die Rolle als ehrlicher Makler etabliert und konsequent verfolgt wird, bietet sie nachhaltige Wirkmöglichkeiten, weshalb sich Deutschland in dieser Rolle positionieren und dies auch kommunizieren sollte. So könnte mit

²⁵ France 24 2020a; Semenov 2019.

²⁶ Die Autorin ist sich bewusst, dass bereits vielfältige Beziehungen auf ministerialer Ebene und Arbeitsebene zu arabischen Staaten bestehen, allerdings vertritt sie die Meinung, dass eine Intensivierung, Ausweitung und größere Regelmäßigkeit der Beziehungen zu Jordanien und dem Oman in echte Partnerschaften münden könnten, was für alle Beteiligten vorteilhaft wäre. So könnte langfristig weniger Zeit auf die reaktionäre Bekämpfung von Krisen und mehr Zeit für den Aufbau nachhaltiger Stabilität verwendet werden. Beispiele hierfür wären erweiterte Gespräche auf ministerieller Ebene, dauerhafter Austausch von Personal in Kommandostäben, so möglich ausgeweitete nachrichtendienstliche Kooperation und universitärer Austausch.

Jordanien und dem Oman²⁷ erörtert werden, wie sich die genauen Beziehungsgeflechte bestimmter Konfliktstaaten und -parteien untereinander darstellen und wo es Ansatzpunkte für Verhandlungen gibt. Anschließend könnten Schritte bestimmt werden, wie Deutschland mit Unterstützung von Jordanien und dem Oman Vermittlungen zu einzelnen Punkten vornehmen kann. Derzeit sind die drängendsten Beispiele, wie oben bereits erwähnt, die Rolle des Iran in der Region und die langfristige Situation in Syrien. Deutschlands Mehrwert für den Nahen Osten ergibt sich aus seiner hervorgehobenen Position innerhalb der EU und bestehenden wirtschaftlichen und militärischen Kooperationen sowie finanziellen Unterstützungsleistungen. Ziel sollte es sein, Deutschland und der EU durch ein tiefgreifendes Lageverständnis und stärkere politische Einbeziehung den zielgerichteteren Einsatz der Mittel zu ermöglichen; sowohl im Sinne der EU, als auch im Sinne des Nahen Ostens. Erst wenn Herausforderungen wie staatliche Schwäche und Flüchtlingsbewegungen als gemeinsame Herausforderungen behandelt werden, können langfristige Kooperationen, Strategien und Lösungen für diese Probleme erarbeitet werden.

Um sich nachhaltig strategisch in der Region positionieren zu können, bedarf es auch operativer Schritte, mittels derer Deutschlands guter Wille in Taten umgesetzt werden kann. Hier schließt sich aus Sicht der Autorin der Kreis zwischen dem Konflikt in Syrien und der Rolle Jordaniens.

3.2 Konkrete Ideen zur Stabilitätsförderung in Jordanien und Syrien

Jordanien ist keinesfalls ein stabiles Land; vielmehr zeigt es vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen eine beeindruckende Resilienz. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, das haschemitische Königreich weiter zu unterstützen, bevor es der in der Region um sich greifenden Instabilität anheimfällt. Zu den Herausforderungen, vor denen Jordanien steht, gehören die Bevölkerungszusammensetzung,²⁸ die wachsende Radikalisierung der Salafiya,²⁹ die Einflüsse benachbarter Konflikte in Syrien und dem Irak, die große Anzahl von in Jordanien lebenden Flüchtlingen,³⁰ die hohe Jugendarbeitslosigkeit³¹ und die schwache Wirtschaftsleistung.³²

²⁷ Hier könnte geprüft werden, inwieweit auch eine Einbeziehung Israels in einzelne Projekte sinnvoll wäre. Derzeit sind die schiitischen Milizen eine der vorrangigsten Sorgen der sunnitischen Länder im Nahen Osten und es ist klar, dass der Iran mit einer Involvement Israels nicht einverstanden wäre, was wiederum die eigene Verhandlungsposition erheblich schwächen würde. Gleichzeitig signalisieren einige arabische Staaten durch die jüngste Unterzeichnung der Abraham Accords Verhandlungsbereitschaft mit Israel.

²⁸ Zahran 2012; Muasher 2017.

²⁹ Rumann/Hassan 2013; Wagemakers 2017.

³⁰ UNHCR o. J. ; UNHCR 2020; Fishman 2014.

³¹ S. Daten auf der Website der World Bank: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.1524.ZS?locations=JO>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.

³² S. „The World Bank in Jordan“: <https://www.worldbank.org/en/country/jordan/overview#1>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.

Gerade die letzten beiden Punkte sind ausschlaggebend für die langfristige Entwicklung im Königreich, in dem immer wieder Proteste gegen die Regierung ausbrechen – auch wenn diese bis dato vergleichsweise überschaubar geblieben sind.³³ Jordanien hat einen Überschuss an jungen Menschen, die keinen angemessenen Arbeitsplatz finden. Die Wirtschaft des Landes ist auf ausländische Hilfgelder angewiesen, ohne die das Königreich vor dem finanziellen Ruin stünde. Zudem werden viele Waren in das rohstoffarme und hauptsächlich aus Wüste bestehende Land importiert.³⁴

Die schwache Wirtschaftsleistung Jordaniens ließe sich mit einem anderen Problem verbinden, welches sowohl Jordanien, als auch die gesamte Region und Europa betrifft: Dem Wiederaufbau Syriens. Es ist absehbar, dass Bashar al Assad und Russland den Wiederaufbau nicht finanzieren werden,³⁵ doch Deutschland und Europa haben ein nachhaltiges Interesse an einem syrischen Wiederaufbau im Sinne wachsender Stabilität. Da Deutschland sich nicht erpressbar machen sollte und sich weigert, das Regime Assads anzuerkennen, könnte eine Ertüchtigungsinitiative für die jordanische Wirtschaft hier Abhilfe schaffen. Haushaltsmittel aus der bestehenden Ertüchtigungsinitiative sind flexibel einsetzbar, da sie thematisch und zeitlich keinen Beschränkungen unterliegen und sowohl zur Konfliktlösung als auch zur Friedenskonsolidierung und Krisenprävention genutzt werden können.³⁶ Sollte also auf vorhandene Mittel zugegriffen und die Schaffung eines neuen Instrumentes vermieden werden, ließe sich die Idee womöglich sogar unter der derzeitigen Ertüchtigungsinitiative subsumieren.

Deutschland könnte Jordanien eine Anschubfinanzierung bereitstellen, die Jordanien wiederum nutzen sollte, um sich am syrischen Wiederaufbau in den vom als „moderat“ eingestuften High Negotiations Committee kontrollierten Gebieten zu beteiligen – mit eigenen Firmen und Arbeitskräften. Die Vorteile: Jordanien kann Arbeitsplätze und Wirtschaftsleistung generieren, während Teile des Wiederaufbaus von einem arabischen Land durchgeführt werden, welches sich nicht maßgeblich in das Kriegsgeschehen eingemischt hat – wichtige Faktoren für die Akzeptanz der syrischen Bevölkerung und des Regimes.³⁷ Zudem wäre Deutschland im Rahmen dieses Vorgehens nicht gezwungen, Gelder und Waren durch die Regierung Assads kontrollieren zu lassen und könnte darauf pochen, dass Jordanien die Gelder möglichst transparent einsetzt, um Korruption im Sinne des syrischen Regimes zu minimieren. Die Idee ist in ihrer finanziellen Tragweite variabel und im Sinne der ressortgemeinsamen Zusam-

33 Harel 2019; Younes 2018; France 24 2020b.

34 Statistisches Bundesamt (Destatis) 2019.

35 Barnes-Dacey 2019.

36 Puglierin 2016: 3.

37 Assad müsste einer Initiative, die Russland gutheißt, wahrscheinlich zustimmen, daher wäre es sinnvoll, die Initiative auch mit Russland abzusprechen. Russland wiederum könnte auch den Iran von der Initiative überzeugen, da es hier entsprechenden Leverage hat (Ross 2021: 7).

menarbeit sollten ihr die betroffenen Ressorts³⁸ zustimmen können. Je nach Region und Projektvorhaben läge die Gestaltungshoheit bei diesem Vorschlag zur Wiederaufbaubeteiligung in Syrien letztlich überwiegend beim Auswärtigen Amt, allerdings könnte die Hinzuziehung des Verteidigungsressorts je nach Aufgabenbereich relevant werden. Vor jedem Projekt wäre zu prüfen, ob es einen ausschließlich zivilgesellschaftlichen Nutzen hat, und aus deutscher Sicht könnte im Rahmen des Vernetzten Ansatzes die Einbeziehung des BMZ wichtig werden. Zudem könnten bestehende Projekte des gemeinsam vom Auswärtigen Amt und von den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgelegten Syria Recovery Trust Fund³⁹ sinnvoll um die oben beschriebene jordanische Komponente ergänzt werden, zumal der Bedarf an Wiederaufbau immens ist.⁴⁰

4 Fazit: Unilaterale Schritte auf dem Weg zu einer tragfähigen Strategie

Das vorliegende Statement hat einen Ansatzpunkt aufgezeigt, wie Deutschland aus Sicht der Autorin eine nachhaltige und konstruktive außenpolitische Strategie im Nahen Osten erarbeiten kann, ohne dabei große politische Risiken einzugehen. Der langfristige Weg zu einer Strategie wäre eine engere Partnerschaft mit ausgewählten arabischen Ländern, die Deutschlands Verständnis und Zugang zu regionalen Konflikten erleichtern sollen. Aus diesem Verständnis könnten strategische Ziele resultieren, die eine tragfähige Strategie begründen können. Ohne Ziele keine Strategie; ohne Erkenntnis keine Ziele.

Ein vergleichsweise kurzfristiges Zwischenziel auf dem Weg zu einer Strategie könnte die Einbindung Jordaniens in den syrischen Wiederaufbau sein, womit Deutschland einerseits Handlungsfähigkeit beweisen und andererseits zwei wichtige regionale Probleme in einem politischen Ansatz kombinieren könnte. Beide Ideen erfordern politischen Mut, da sich Deutschland, ähnlich wie bei der Ertüchtigungsinitiative, aus der multilateralen Deckung wagen müsste, um einen eigenständigen Weg zu beschreiten. Dieser Weg könnte zu langfristigen Erfolgen führen, die den zu Beginn des Statements beschriebenen EU-Initiativen bislang verwehrt geblieben sind.⁴¹ Zudem könnte der Erfolg dieses Ansatzes im besten Fall dazu führen, dass sich andere europäische Länder dem Partnerschaftsprinzip in Kombination mit konkreten, geförderten Projekten anschließen. Somit versperren die hier dargestellten Ideen nicht den Weg hin zu mehr europäischer Zusammenarbeit, bieten aber den Vorteil, dass die europäische

³⁸ Auswärtiges Amt und BMVg (Puglierin 2016; BMVg 2019).

³⁹ S. „Syrien“ auf der Website der KfW Entwicklungsbank: <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Weltweite-Pr%C3%A4senz/Nordafrika-und-Nahost/Syrien/>, 05.01.2021.

⁴⁰ Asseburg 2020: 5.

⁴¹ Die Grundannahme hier ist, dass die derzeitigen Krisen im Nahen Osten, speziell der Syrienkrieg, nicht von externen Akteuren wie der EU gelöst werden können. Ein Erfolg wäre es, wenn es der EU langfristig gelänge, entsprechende Krisen zu moderieren, so dass sich Destabilisierung nicht immer mehr in der Region potenziert. Idealerweise gelänge dies der EU langfristig ohne US-amerikanische Unterstützung.

Außenpolitik von deutlich mehr regionalem Wissen profitieren würde, was hoffentlich zu erweiterter Vorausschau und letztlich der Möglichkeit zur Erarbeitung einer echten, tragfähigen außenpolitischen Strategie führen würde.

Die Notwendigkeit einer langfristigen Strategie ist bereits im „Arabischen Frühling“ 2011, im Erstarken des sogenannten Islamischen Staates 2014 und in der Flüchtlingskrise 2015 deutlich geworden. Der syrische Bürgerkrieg, die Rolle der Türkei in Idlib und Afrin und die regionale Machtprojektion des Iran machen noch deutlicher, wie dringend Deutschland einen strategischen Kompass benötigt, der stabil auf Kurs bleibt, statt in Aktionismus zu münden. Da die hier aufgezeigten Ansatzpunkte mit den Grundsätzen deutscher Politik im In- und Ausland vereinbar sind und auch auf einen koalitionsübergreifenden Konsens hoffen können, wäre es einen Versuch wert.

Deutschlands bisherige Außen- und Sicherheitspolitik im Nahen Osten ist weder nachhaltig, noch wird sie den Ansprüchen an die eigene und regionale Sicherheit gerecht. Derzeit befindet sich die Region im Wandel und die zunehmend als weniger verlässlich wahrgenommene Präsenz der USA wird dazu führen, dass sich neue Allianzen bilden und Kooperationspartner umorientieren werden, wie sich bereits an den Abraham Accords abzeichnet.⁴² Deutschland und die EU können und wollen die USA nicht als externen Machtfaktor ersetzen, werden sich aber langfristig und entschieden in der Region engagieren müssen; dies diktiert bereits die geografische Nähe. Momentan ist hierfür ein guter Zeitpunkt, zumal sich viele arabische Staaten im Sinne der wirtschaftlichen Erholung nach COVID-19 nach verlässlichen Partnern umsehen werden. Denkbar ist auch, dass sich die USA unter der Biden-Administration vermehrt strategisch wichtigeren Herausforderungen widmen wird, allen voran China. Damit käme die EU in Zugzwang, die Konflikte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft weitestgehend selbstständig zu bearbeiten. Entsprechend ist jetzt ein guter Zeitpunkt für Deutschland, sich aus der Deckung zu wagen, sich verstärkt als konsequenter und verlässlicher Partner in der Region anzubieten und dort dauerhaft eine stärkere, einflussreichere Rolle einzunehmen.⁴³ Einen ersten Schritt auf dem Weg hin zu dieser Politik, die nur basierend auf einer nachhaltigen, an konkreten Zielen ausgerichteten Strategie erfolgreich sein kann, hat dieses Statement aufgezeigt.

⁴² The Times of Israel 2020; Norlen/Sinai 2020; Podcast ‚Trends to watch in the Middle East in 2021‘ des Middle East Institute: <https://www.mei.edu/multimedia/podcast/trends-watch-middle-east-2021>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.

⁴³ Momentan ist aufgrund des regionalen Einflusses in weiten Teilen vom Iran gelenkter schiitischer Milizen ein günstiger Zeitpunkt, regionale „Stabilitätsinitiativen“ anzuschließen. Die Mehrheit der nicht-schiitischen Staaten wie Israel, Jordanien und Saudi-Arabien sieht die Ausbreitung des iranischen Einflusses äußerst kritisch. Daher besteht die Möglichkeit, viele regionale Akteure an einen Tisch zu bringen und die grundlegendsten Fragen zu besprechen, um konstruktiv auf mehr Stabilität hinzuwirken. Da sich die USA zunehmend aus der Region zurückziehen und Deutschland bei vielen Staaten in der Region ein hohes Ansehen genießt, liegt die Vermutung nahe, dass viele Staaten ein erweitertes deutsches Engagement begrüßen würden.

Literaturverzeichnis

- Al Sharif, Osama (2020): Jordan, Qatar close ranks following Emir's Visit, Al Monitor vom 28.02.2020, <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2020/02/jordan-king-qatar-emir-visit-relations-economy-us-peace-plan.html>, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.
- al-Masri, Abdulrahman (2020): Limited and Constrained: The Biden Administration and the Prospects of a Syria Policy, Atlantic Council vom 03.12.2020, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/limited-and-constrained-the-biden-administration-and-the-prospects-of-a-syria-policy/>, zuletzt aufgerufen am 03.02.2021.
- Alvarez-Ossorio, Ignacio (2019): The Sectarian Dynamics of the Syrian Conflict, The Review of Faith & International Affairs 17 (2), S. 47–58.
- Asseburg, Muriel (2020): Reconstruction in Syria: Challenges and Policy Options for the EU and Its Member States (SWP Research Paper 11), https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2020RP11_ReconstructionSyria.pdf, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Auswärtiges Amt (2019): Transformationspartnerschaft mit der Arabischen Welt, Auswärtiges Amt vom 09.07.2019, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/transformatiionspartnerschaft/203878>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- Auswärtiges Amt (2020): Außenminister Maas zu humanitärer Hilfe für Nordwest Syrien, Pressemitteilung vom 25. November 2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2420590>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- Barnes-Dacey, Julien (2019): The Geopolitics of Reconstruction: Who will rebuild Syria?, European Council on Foreign Relations (ECFR) vom 16.09.2019, https://ecfr.eu/article/commentary_the_geopolitics_of_reconstruction_who_will_rebuild_syria/, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Beumler, Marie-Theres (2020): From zero Problems with our Neighbors to Zero Friends (GIDS Statement 10/2020), <https://gids-hamburg.de/von-zero-problems-with-our-neighbours-to-zero-friends/>, zuletzt aufgerufen am 16.01.2021.
- BMVg (2019): Ertüchtigung – mit Hilfe zur Selbsthilfe zum Erfolg, 20.11.2019, <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/ertuechtigung>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- BMVg (o. J.): Staatliche Institutionen, <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/vernetzter-ansatz/staatliche-institutionen>, zuletzt aufgerufen am 21.01.2021.
- BMZ (2017a): Afrika und Europa – neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft: Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika, https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf, zuletzt aufgerufen am 08.02.2021.
- BMZ (2017b): Der Zukunftsvertrag für die Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie270_zukunftsvertrag.pdf, zuletzt aufgerufen am 08.02.2021.
- BMZ (2020): Klimaschutz: Deutschland verstärkt Ausbau erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern mit 500 Millionen Euro, BMZ-Ticker vom 12.12.2020, https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2020/dezember/201212_Klimaschutz_Deutschland-verstaerkt-Ausbau-erneuerbarer-Energi-

- en-in-Entwicklungslandern-mit-500-Millionen-Euro/index.html, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- Bundesregierung (2016): Weissbuch 2016: Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/736102/64781348c12e4a80948ab1bdf25cf057/weissbuch-zur-sicherheitspolitik-2016-download-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Daily Sabah (2020): US no Longer Demands Assad Step Down, Instead Seeks Radical Reforms, 23.06.2020, <https://www.dailysabah.com/politics/us-no-longer-demands-assad-step-down-instead-seeks-radical-reforms/news>, zuletzt aufgerufen am 03.02.2021.
- Der Spiegel (2020): Sicherheitskräfte gegen Protestbewegung. Rund 200 Verletzte bei Demonstrationen im Libanon, 19.02.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libanon-rund-200-verletzte-bei-demonstrationen-a-abb764ba-17a4-4faf-b8ae-9861443b69fe>, zuletzt aufgerufen am 04. 01. 2021.
- Die Welt (2020): Die EU hat sich in die Hände eines Erpressers begeben, 03.03.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article206284537/Presse-schau-Die-EU-hat-sich-in-die-Haende-eines-Erpressers-begeben.html>, zuletzt aufgerufen am 29.11.2020.
- Die Zeit (2019): EU erklärt ihre „tiefe Besorgnis“ über Tanker-Beschlagnahme durch den Iran, 20. Juli 2019: <https://www.zeit.de/news/2019-07/20/eu-erklart-ihre-tiefe-besorgnis-ueber-tanker-beschlagnahme-durch-den-iran>, zuletzt aufgerufen am 29.11.2020.
- Europäische Kommission (2017): EU-Treuhandfonds für Syrien: 275 Millionen Euro für syrische Flüchtlinge, 20.06.2017, https://ec.europa.eu/germany/news/eu-treuhandfonds-f%C3%BCr-syrien-275-millionen-euro-f%C3%BCr-syrische-fl%C3%BChtlinge_de, zuletzt aufgerufen am 03.02.2021.
- Europäisches Parlament (2011): President Assad of Syria Must Step Down Immediately, Says Parliament, Pressemitteilung vom 15.12.2011, <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20111215IPR34226/president-assad-of-syria-must-step-down-immediately-says-parliament>, zuletzt aufgerufen am 03.02.2021.
- European Commission (2019): Commission Welcomes Agreement on €500 Million Macro-Financial Assistance Programme for Jordan, 19.12.2019, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_19_6833, zuletzt aufgerufen am 03.02.2021.
- European Council (2017): Council Adopts EU Strategy on Syria, 03.04.2017, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2017/04/03/fac-conclusions-syria/#>, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.
- European Parliament Briefing (2019): Turkey’s Military Operation in Syria and Its Impact on Relations with the EU, European Union, <https://www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-642284-Turkeys-military-operation-Syria-FINAL.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- European Union External Action Service (2020): Syria: IV Brussels Conference on Supporting the Future of Syria and the Region, 06.03.2020, https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/75709/Syria:%20IV%20Brussels%20Conference%20on%20Supporting%20the%20Future%20of%20Syria%20and%20the%20Region, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.
- European Union Global Strategy (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe: A Global Strategy for the European Union’s Foreign and Security

- Policy, https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Fishman, Ben (2014): Caught in the Middle Again, in: Adelphi Papers 54 (445–448), S. 123–134.
- Ford, Robert S. (2019): The Syrian Civil War: A New Stage, but Is It the Final One?, Middle East Institute, Policy Paper 2019-8, https://www.mei.edu/sites/default/files/2019-04/Ford_The_Syrian_Civil_War.pdf, zuletzt aufgerufen am 08.02.2021.
- France 24 (2020a): Oman: the discreet Gulf mediator, 11.01.2020, <https://www.france24.com/en/20200111-oman-the-discreet-gulf-mediator>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- France 24 (2020b): Thousands in Jordan protest US Peace Plan, 31.01.2020, <https://www.france24.com/en/20200131-thousands-in-jordan-protest-us-peace-plan>, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.
- Fulton, Will/Holliday, Joseph/Wyer, Sam (2013): Iranian Strategy in Syria, Joint Report by AEI's Critical Threats Project and the Institute for the Study of War, American Enterprise Institute und the Institute for the Study of War, USA.
- Harel, Z. (2019): Ongoing Protests in Jordan Threaten to Destabilize the Regime, in: Memri vom 11.03.2019, <https://www.memri.org/reports/ongoing-protests-jordan-threaten-destabilize-regime>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- Heumann, Pierre (2020): Finanzkrise im Libanon könnte geopolitische Folgen für den Nahen Osten haben, in: Handelsblatt Online vom 19.02.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/zahlungsprobleme-finanzkrise-im-libanon-koennte-geopolitische-folgen-fuer-den-nahen-osten-haben/25560006.html?ticket=ST-1950038-VxBfJbBTvPlBuODOdFAP-ap6>, zuletzt aufgerufen am 6.01.2021.
- Katzman, Kenneth/Kerr, Paul K. (2018): Iran Nuclear Agreement and U.S. Exit, CRS Report, Congressional Research Service 7-5700, <https://fas.org/sgp/crs/nuke/R43333.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Muasher, Marwan (2017): Palestinian Nationalism: Regional Perspectives, <https://carnegieendowment.org/2017/09/08/jordanian-palestinian-relations-pub-73006>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Norlen, Tova/Sinai, Samir (2020): The Abraham Accords - Paradigm Shift or Realpolitik?, George C. Marshall Center for Security Studies Number 064, <https://www.marshallcenter.org/en/publications/security-insights/abraham-accords-paradigm-shift-or-realpolitik>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- n-tv (2020a): Erdogan und die Angst Europas. Geld allein hilft nicht, 03.03.2020, <https://www.n-tv.de/politik/Geld-alleine-hilft-nicht-article21615577.html>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- n-tv (2020b): Irak in der Krise. Allawi scheitert mit Regierungsbildung, 02.03.2020, <https://www.n-tv.de/politik/Allawi-scheitert-mit-Regierungsbildung-article21612539.html>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- Pieper, Moritz (2019): Russland und der Astana-Prozess zur Beilegung des Syrien-Konflikts (SWP-Aktuell 57), https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A57_Pieper_WEB.pdf, zuletzt aufgerufen am 08.02.2021.
- Puglierin, Jana (2016): Die „Ertüchtigungsinitiative“ der Bundesregierung: Was steckt dahinter? (Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 1/ 2016), Bundesaka-

- demie für Sicherheitspolitik, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2016_01.pdf, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Ross, Dennis (2021): The Coming Iran Nuclear Talks: Opening and Obstacles, The Washington Institute for Near East Policy, Transition 2021: Policy Notes for the Biden Administration, <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/coming-iran-nuclear-talks-openings-and-obstacles>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Rumann, Abu Mohammad/Hassan, Abu Hanieh (2013): The ‚Islamic Solution‘ in Jordan. Islamists, the State and the ventures of Democracy and Security, Friedrich Ebert Stiftung.
- Salloum, Ranih (2019): Wie könnte eine Sicherheitszone in Nordsyrien funktionieren?, Spiegel Online vom 22.10.2019, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-wie-koennte-eine-sicherheitszone-funktionieren-a-1292710.html>, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.
- Semenov, Kirill (2019): Russia Eyes Oman as Mediator for Regional Crisis, in: Al Monitor vom 2.10.2020, <https://www.al-monitor.com/pulse/fa/originals/2019/02/russia-oman-mediation-syria-palestine-yemen.html>, zuletzt aufgerufen am 04.01.2021.
- Smyth, Phillip (2015): The Shiite Jihad in Syria and its regional Effects, The Washington Institute for Near East Policy, Policy Focus 138, <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/shiite-jihad-syria-and-its-regional-effects>, zuletzt aufgerufen am 08.02.2021.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Jordanien: statistisches Länderprofil, Ausgabe 08/2019.
- The Times of Israel (2020): Full Text of the Abraham Accords Signed by Israel, the UAE and Bahrain, 16.09.2020, <https://www.timesofisrael.com/full-text-of-the-abraham-accords-signed-by-israel-the-uae-and-bahrain/>, zuletzt aufgerufen am 06. 01.2020.
- UNHCR (2020): Operational Update Jordan, Januar 2020, http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/UNHCR%20Jordan%20Operational%20Update%20-%20January%202020_0.pdf, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- UNHCR (o. J.): Global Focus: Jordan, <http://reporting.unhcr.org/jordan>, zuletzt aufgerufen am 09.02.2021.
- Wagemakers, Joas (2017): Jihadi-Salafism in Jordan and the Syrian Conflict: divisions overcome Unity, in: Studies in Conflict & Terrorism, 41 (3), S. 191–212.
- Wallstreet Online (2019): Auch Deutschland tief besorgt wegen Atomabkommens – Appell an Teheran, 07.07.2019, <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/11586121-deutschland-tief-besorgt-atomabkommens-appell-teheran/all>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2021.
- Wiesendahl, Elmar (2010): Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: Joachim Raschke und Ralf Tils (Hgg.): Strategie in der Politikwissenschaft: Konturen eines neuen Forschungsfelds, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Younes, Ali (2018): Jordan Protesters Call for Political Reform, in: Al Jazeera vom 21.10.2018, <https://www.aljazeera.com/news/2018/10/jordan-protesters-call-political-reform-181020175643361.html>, zuletzt aufgerufen am 05.01.2021.
- Zahran, Mudar (2012): Jordan Is Palestinian, in: Middle East Quarterly, Winter 2012, S. 3–12.